

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das **Arbeiter**

Am 14. November
zur Stadtverordnetenwahl
hat die SPD.
in Dresden **Liste 1**

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der M...

Abonnementspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Bei-
gaben „Kost der Arbeit“ und „Wort und Bild“ für einen halben
Jahresbetrag 1,20 M., Einzelnummern 10 Pf.
Telegraphische Adressen: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 35301. 1
Stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstellen: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 35301 und 12707.
Verkaufszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 24 mm breite Kolumnen-
zeile 20 Pf., die 36 mm breite Zeilenzeile 1,50 Pf., für auswärts
zusätzliche 25 Pf., und 2 Pf. für die Anzeigen- und Miets-
gebühren 40 Pf. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 264

Dresden, Freitag den 12. November 1926

37. Jahrg.

Auf zu neuem Kampf!

Genossinnen und Genossen!

Am 14. November hat die sächsische Bevölkerung erneut eine bedeutungsvolle Entscheidung zu treffen! In allen Gemeinden Sachsens sind die Gemeindeverordneten neu zu wählen. Es gilt wahrzumachen, was an der Spitze der Reichsverfassung steht: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Bei der Landtagswahl am 31. Oktober wurden die Hoffnungen der Reaktion nicht erfüllt. Aber von ebenso großer Bedeutung wie Reichs- und Landtagswahlen sind die Gemeindevahlen. Am 14. November wird entschieden, ob jene unerhörte Interessen- und Profitwirtschaft weitergetrieben werden soll, die die bürgerlichen Parteien nach ihrem Erfolge bei den Gemeindevahlen vom Januar 1924 in den Gemeinden, in denen sie die Macht erlangten, durchsetzten. Nur durch den energischen Kampf der Sozialdemokratie für die Interessen der Arbeiterklasse wurde dem schrankenlosen reaktionären Machtstreben ein Damm entgegengesetzt.

Groß ist die Fülle der Aufgaben, die in den Gemeinden gelöst werden müssen. Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot heischen gebietend Hilfe. Andere wichtige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Probleme drängen.

Das Reich, das den Besitzenden Hunderte von Millionen an Steuern schenkte, verweigert den Gemeinden die notwendigen Mittel. Dazu versuchen in jedem Orte die Besitzenden, sich von den örtlichen Steuern zu befreien und die breite Masse der Minderbemittelten zu belasten. Die bürgerlichen Mehrheiten in den Gemeinden haben nicht den Willen gezeigt, den dringendsten sozialen Notwendigkeiten gerecht zu werden.

Nur die Sozialdemokratie hat sich immer energisch für die Vinderung des Massenelends und für die Erfüllung der wichtigsten sozialen Aufgaben eingesetzt.

Wir Sozialdemokraten kämpfen:

- für den gemeinnützigen Wohnungsbau,
- für die Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge und Notstandsarbeiten,
- für höhere Unterstützung der Sozial- und Kleinrentner,
- für den Ausbau der gesamten Wohlfahrtspflege und Erholungsfürsorge,
- für kommunale Geburtshilfe, Säuglingspflege, Kinder- speisungen, Kinderheime,
- für kostenlose Totenbestattung,
- für die Verbesserung des Schulwesens,
- für die Vermittelfreiheit und Schulgeldfreiheit,

Die Partei ruft erneut zu Kampf und Sieg! Schafft rote Mehrheiten in den Gemeindeparlamenten!

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Ostsachsens.

Reichstagsreden im Rundfunk

Die „Berliner Junkstunde“, das heißt der Berliner Sender, hat bei dem Reichstagspräsidenten beantragt, im Plenarsitzungsraum des Reichstages mehrere Mikrophone einbauen zu dürfen, um an die Rundfunk- abonnenten täglich den Verlauf der Plenar- sitzungen des Reichstages weiterzuleiten. Die Geneh- migung dieses Antrages würde die Möglichkeit schaffen, täg- lich im ganzen Reich den Gang der Reichstagsitzungen hören und verfolgen zu können. In andern Ländern besteht eine derartige Möglichkeit schon lange.

Coolidge gegen Witterhah

W. Witterhah, 12. November. (Eig. Rundfunk.) Präsi- dent Coolidge hielt am Donnerstag in Lansdown bei einer Feier des Wahlsieges eine große Freie Rede, in der er es zunächst abwichte, Nachforschungen darüber anzustellen, wie

der große Krieg begonnen habe. Er warnte vor nationaler Opa, einem Lugus, dem sich die alte Welt Generationen hindurch hingegen habe. Das Bestreben der Vereinigten Staaten gehe nach freundschaftlichen Beziehungen zu allen Völkern.

Sozialistische Opposition in Polen

O. Warschau, 12. November. (Eig. Rundfunk.) Am Donnerstag fand eine Sitzung des Parteiausschusses der polnischen Sozialistischen Partei und der Vertreter der Gewerkschaftsverbände statt. Es wurde der Beschluß gefaßt, der Regierung gegenüber zu einer oppositionellen Haltung überzugehen, nachdem diese eine einseitig karita- tive Politik betreibt, die sich auch in einer Ausschaltung der Gewerkschaftsverbände von jeder Meinungsäußerung in Ber- eitungskreisen kundtut. Die Partei wird zum nächsten Kampf für die Wahrung der Interessen der Ar- beiterklasse aufrufen. Es ist mit Sicherheit anzu- nehmen, daß der sozialistische Minister Morawski aus der

Regierung austreten wird, um einen Ausschluß aus der Partei zu vermeiden. Er war als Privatperson, nicht als Parteibeauf- tragter in das Kabinett eingetreten.

Erneuter Verhandlungsversuch in England

S. London, 11. November. (Eig. Drahtm.) Die Dele- giertenversammlung der Bergarbeiter entschied sich nunmehr, die Exekutive zu ermächtigen, die Verhandlungen mit der Re- gierung fortzusetzen, d. h. sie gab der Exekutive damit auch in der Frage der Arbeitszeit freie Hand. Mit diesem Beschluß war der Weg für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Regierung frei, und die Vertreter der Bergarbeiter begaben sich sofort zum Ministerpräsidenten. Im Mittelpunkt der gegen- wärtigen Besprechungen mit der Regierung steht nunmehr aber- mals die Frage der nationalen Sicherung der Distriktsabkommen sowie der Einlegung eines Berufungsgerichts für den Bergbau.